Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
FDP-Ratsfraktion
Ratsfraktion DIE LINKE
Ratsmitglied SSW
SPD-Ratsfraktion

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag	**0726/2008** **öffentlich** **04.09.2008**

Datum	**Gremium**	**Antragsteller/in**
Ö 18.09.2008	Ratsversammlung	Ratsfrau Erdmann, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsherr Kokocinski, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Landsiedel, FDP Ratsfraktion Ratsherr Jansen, Ratsfraktion Die Linke Ratsfrau Danker, SSW

Betreff:
Schulreform - Kommunen nicht alleine lassen - Austauschmaterial

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, gegenüber der Landesregierung im Zusammenhang mit der Umsetzung der Schulreform auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu bestehen.
Sollte das Land keine für die Landeshauptstadt Kiel tragfähige Kompensationsregelung treffen, ist ggf. der Klageweg zu prüfen.

Die Landeshauptstadt Kiel fordert die Landesregierung auf, in den laufenden Haushaltsberatungen Mittel zur Verfügung zu stellen, um sich angemessen an der baulichen Umsetzung der Schulreform zu beteiligen. Allein für die Landeshauptstadt Kiel belaufen sich die Kosten auf geschätzt 9,3 Mio. Euro bis 2010.“

Begründung:

Das Schulgesetz der Großen Koalition krempelt die Schullandschaft um: Gemeinschafts- oder Regionalschulen wachsen aus einzelnen Schulen zusammen – das muss sich auch baulich widerspiegeln. Das Abitur nach acht Jahren braucht Ganztagsschulen und die Profiloberstufe andere Räume

Die entstehenden Kosten kann die Stadt Kiel nicht alleine finanzieren. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes im Landtag ist die Bestätigung dafür, dass das Schulgesetz den Konnexitätsfall auslöst. Damit besteht eine Verpflichtung des Landes, den Kommunen die Kosten-, Investitions- und Betriebskosten zu erstatten, die direkt oder indirekt aus dem Schulgesetz resultieren.

gez. Ratsherr Peter A. Kokocinski f.d.R.

gez. Ratsfrau Anke Erdmann f.d.R.

gez. Ratsherr Landsiedel f.d.R.

gez. Ratsherr Jansen f.d.R.

gez. Ratsfrau Antje Danker f.d.R.